

TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: kober.klemens@dihk.de | www.dihk.de

Update.....	3
DIHK veröffentlicht Positionspapier für freien Handel	3
Neuer DIHK Außenwirtschaftsreport veröffentlicht.....	3
CETA seit einem Jahr vorläufig in Kraft	3
EU-Kommission präsentiert Pläne zur Reform der WTO	4
EU und USA intensivieren Handelsgespräche.....	4
EU Kommission plant Beilegung des langjährigen Streits über US-Rindfleisch-Importe	5
EU-Kommission beendet Mindestimportpreise gegen chinesische Photovoltaik-Hersteller.....	5
EU und Japan einigen sich auf gegenseitige Anerkennung ihrer Datenschutzsysteme.....	5
Gambia unterschreibt regionales Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit EU.....	5
18. Verhandlungsrunde EU-China Investitionsabkommen	5
5. Verhandlungsrunde EU-Indonesien Freihandelsabkommen	6
EU schlägt neue EU-Asien Strategie vor	6
Wissenschaftlicher Beirat des BMWi empfiehlt die Annahme von CETA	6
Nächste WTO-Ministerkonferenz in Kasachstan.....	6
WTO-Erfolg für EU im Energiestreit mit Russland	6
Briten legen Entwurf für ihre WTO-Zölle vor	6
Ressourcen	7
EU Kommission veröffentlicht jährlichen Bericht zu Handelsschutzmaßnahmen.....	7
Berichte zu Verhandlungsrunden mit Neuseeland und Australien.....	7
Bericht zur fünften Verhandlungsrunde zwischen Indonesien und EU	7
Bericht zur 34. Verhandlungsrunde zu EU-Mercosur-Abkommen	7
EP-Studie zu Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru.....	7
EP-Thinktank: Aktueller Status der EU-US Beziehungen	8
Bundesregierung unterstützt Aufbau der Afrikanischen Freihandelszone	8
Bundesregierung unterstützt wirtschaftliche Zusammenarbeit der EU mit Afrika	8
Bundesregierung spricht sich für EU-Freihandelsabkommen mit Vietnam aus.....	8
EP-Studie zu Nachhaltigkeitskapiteln in Freihandelsabkommen	8
Handelspolitik Taiwans auf dem Prüfstand	9
WTO: Handelsrestriktives Verhalten nimmt zu.....	9
WTO-Übersicht 2018 zu Zollsätzen der Mitglieder.....	9
WTO veröffentlicht Handelsstatistiken für 2018	9
WTO startet neue Online-Rechercheplattform.....	9
UNO veröffentlicht Bericht zum internationalen Handelsrecht.....	9
RGIT Corner – News aus Washington.....	10
Neue Verfahren für Section 232-Ausnahmeanträge	10
SPOTLIGHT NAFTA: US-Interessenverbände fordern trilaterales Abkommen.....	10
KORUS-Anpassungen ab 01.01.2019	10
Dekret zu neuen Sanktionsmöglichkeiten bei Einmischung in US-Wahlen	11
Asia Corner – News aus Singapur	11

ASEAN – China FTA Upgrade	11
Korea – Mercosur FTA	11
Ecuador erwägt Beitritt zu CPTPP	11
Singapur – Indien FTA upgrade	11
Australien – Indonesien FTA	12

Update

DIHK veröffentlicht Positionspapier für freien Handel

Deutschland ist wie kaum ein anderes Land auf offene Märkte und freien Handel angewiesen – und beides gerät zunehmend in Gefahr. In einem [aktuellen Positionspapier](#) "Für eine moderne Handelspolitik – statt Abschottung" skizziert der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die derzeitige Lage des internationalen Handels sowie Vorschläge, wie hiesigen Unternehmen im internationalen Geschäft geholfen werden kann. Der DIHK spricht sich für das multilaterale Handelssystem der WTO aus und appelliert an Deutschland und die EU, sich für eine Bewahrung und Weiterentwicklung der Welthandelsorganisation einzusetzen.

Neuer DIHK Außenwirtschaftsreport veröffentlicht

Die globale Handels- und Sanktionspolitik belastet deutsche Betriebe zunehmend, entsprechend steigt auch ihr Beratungsbedarf. Das zeigt der in der vergangenen Woche vom DIHK veröffentlichte [Außenwirtschaftsreport 2018](#), mit dem der DIHK eine Einschätzung zum außenwirtschaftlichen Umfeld und zu Handelsbeschränkungen vorlegt hat. Das Welthandelssystem gerät aus Sicht des DIHK immer mehr aus den Fugen. Die globale Handels- und Sanktionspolitik treibt die Belastungen für die international agierenden deutschen Unternehmen in immer neue Dimensionen. Denn neue Zölle zwischen USA und der EU, der Handelskonflikt zwischen USA und China, US-Sanktionen gegen Iran und Russland sowie der bevorstehende Brexit sorgen für Verunsicherung.

So möchten viele Betriebe beispielsweise wissen, ob ihre Produkte von neuen Zöllen betroffen sind, wie sich US-Sanktionen auf das eigene Geschäft und Finanzierungsmöglichkeiten auswirken oder welche Folgen der Brexit auf den zukünftigen Warenverkehr hat. Diese enormen Herausforderungen führen zu einem erhöhten Informationsbedarf. Die Zahl der Beratungen, mit denen die Industrie- und Handelskammern (IHKs) den Unternehmen in diesen Fragen weiterhelfen, ist im vergangenen Jahr auf mehr als 413.000 gestiegen – ein neuer Rekord. Seit 2010 ist die Zahl der Beratungen damit um rund 18 Prozent gestiegen. Nimmt man die rund 124.000 länderbezogenen Anfragen hinzu, belief sich die Gesamtzahl der außenwirtschaftlichen Unternehmenskontakte der IHK-Organisation 2017 auf mehr als 538.000. Die IHK-Organisation unterstützt die Unternehmen dabei im Umgang mit alten und neuen Hürden beim Handel und setzt sich gleichzeitig für den Abbau von Handelshemmnissen und für eine regelbasierte internationale Handelsordnung ein.

CETA seit einem Jahr vorläufig in Kraft

CETA hat für die deutsche Wirtschaft eine große Bedeutung. Neben seinen Erleichterungen für die im Handel und Investitionen mit Kanada verbundenen Unternehmen, liefert das Abkommen einen Eckpfeiler der EU-Handelspolitik gerade mit Blick auf die USA und auf Großbritannien. Dabei hat das Abkommen einen langen Weg hinter sich. Seit einem Jahr ist CETA vorläufig in Kraft. Die ersten Erfahrungen zeigen: Das bisher modernste Abkommen

der EU verbessert spürbar den Marktzugang in Kanada und erleichtert den bilateralen Handel. [Laut EU-Kommission](#) konnte bereits jetzt ein Anstieg der EU-Exporte verzeichnet werden, die sich insbesondere in den Sektoren Maschinen und mechanischer Güter, Arzneimittel, Möbel, aber auch landwirtschaftliche Erzeugnisse niederschlagen. Es ist daher ein Vorbild für andere EU-Abkommen. So stieg das deutsch-kanadische Handelsvolumen allein im ersten Halbjahr 2018 um knapp 200 Mio. Euro - oder fast 3 Prozent. Das Wachstum liegt damit drei Mal so hoch wie der Handel mit den USA und Frankreich.

Das ist ein sehr guter Anfang in einem international aktuell schwierigen Handelsumfeld. Der DIHK erwartet weiter hohe Zuwachsraten. Es ist ein wichtiges Signal, wenn die EU-Länder mit starken Partnern wie Kanada, Japan und Mercosur gegen den grassierenden Protektionismus voranschreiten. Andere werden folgen. Gleichzeitig ist klar: Handelsabkommen wie CETA sind nur der erste Schritt – der fast noch schwierigere ist deren Umsetzung. Dies zeigen die Rückmeldungen aus der DIHK-CETA Roadshow von hunderten Unternehmen aus über zwanzig Veranstaltungen bundesweit. Insbesondere beim Thema Zoll benötigen Unternehmen Unterstützung, etwa durch ein leicht nutzbares Ursprungstool für ihre Produkte. Die EU-Kommission arbeitet derzeit daran, den Umgang mit komplexen Ursprungsregeln zu erleichtern. Diese bestimmen letztlich, ob man vom Abkommen profitieren kann. Es bleibt hier noch viel Luft nach oben. Klar ist, dass die EU-Handelsagenda sich nun stärker um die Umsetzung der Abkommen kümmern muss.

EU-Kommission präsentiert Pläne zur Reform der WTO

Die EU-Kommission veröffentlichte ihre [Ansätze für eine Modernisierung der Welthandelsorganisation](#) (WTO). Diese wurden den WTO-Partnern bereits in Genf vorgestellt. Angesichts weltweit zunehmender protektionistischer Tendenzen ist eine handlungsfähige WTO wichtiger denn je. Der EU-Vorschlag zur Verbesserung der WTO zielt in drei Richtungen: Die Aktualisierung des Regelwerks für den internationalen Handel, die Stärkung der Überwachungsfunktion der WTO, sowie die Überwindung der US-Blockade des Streitbeilegungssystems.

EU und USA intensivieren Handelsgespräche

Bei einem [Treffen](#) zwischen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer am 10.09.2018 in Brüssel wurden zukünftige EU-US Handelsbeziehungen besprochen. Besonderes Augenmerk des Gespräches lag auf der Senkung von Zöllen auf Industriegüter. Bis November soll nun ein Arbeitsprogramm für die Verhandlungen vorliegen. EU-Kommissionspräsident Juncker und Trump hatten sich bei einem [Treffen](#) am 26.07.2018 in Washington darauf geeinigt, Gespräche über den Abbau von Handelsbarrieren aufzunehmen, sowie auf angedrohte Zölle zu verzichten und die bestehenden US-Zölle auf Stahl und Aluminium sowie die EU-Gegenzölle neu zu bewerten. Beide Seiten wollen einen Dialog über Regulierungsstandards aufnehmen und bei der Reform der Welthandelsorganisation WTO zusammenarbeiten.

EU Kommission plant Beilegung des langjährigen Streits über US-Rindfleisch-Importe

Die [EU-Kommission](#) schlägt den EU-Mitgliedsstaaten vor, ein Mandat zur WTO-konformen Beilegung des langjährigen Streits über US-Rindfleisch-Importe zu erstellen. 2009 wurde hierzu bereits ein EU-US Abkommen geschlossen und 2014 überarbeitet, das Einfuhr-Kontingente von 45.000 Tonnen nicht hormonell erzeugtem Rindfleisch für qualifizierte Lieferanten, zu denen die USA gehören, vorsieht. Nun sollen den USA ein bestimmter Anteil davon vorbehalten werden. Forderungen zur Überprüfung des Abkommens wurden seitens der USA bereits in der Vergangenheit laut.

EU-Kommission beendet Mindestimportpreise gegen chinesische Photovoltaik-Hersteller

Nach knapp fünf Jahren hat die Europäische Kommission [beschlossen](#), die Mindestimportpreise für chinesische Photovoltaik-Module am 03.09.2018 zu beenden. Die Kommission weist darauf hin, dass bei der letzten Verlängerung 2017 im Sinne eines Interessenausgleichs bereits beschlossen wurde, dies nur für 18 Monate zu tun. Üblich sind in solchen Fällen fünf Jahre. Als Begründung verweist die Europäische Kommission darauf, dass die Mindestimportpreise nicht zum erwarteten Schutz der europäischen Hersteller geführt haben.

EU und Japan einigen sich auf gegenseitige Anerkennung ihrer Datenschutzsysteme

Als Ergänzung zum gemeinsamen Wirtschaftsabkommen haben sich die EU und Japan auf eine [gegenseitige Anerkennung ihrer Datenschutzsysteme](#) geeinigt. Die EU-Kommission hat dafür einen entsprechenden Angemessenheitsbeschluss getroffen, der nun in einem internen Verfahren geprüft wird. Japan richtet zusätzliche Garantien ein, um sein Datenschutzsystem mit den europäischen Standards zu harmonisieren.

Gambia unterschreibt regionales Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit EU

Gambia hat am 14.08.2018 als 14. Afrikanisches Land das regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit der EU unterschrieben. Dieses soll [nachhaltige Entwicklung fördern](#) und die Wirtschaftsbeziehungen stärken. Sobald alle 16 afrikanischen Länder zugestimmt haben, kann der Ratifizierungsprozess in Brüssel beginnen. Am 26.10.2018 wird ein gemeinsamer ministerialer Ausschuss zwischen der EU und den ACP-Ländern stattfinden, um bereits bestehende Abkommen zu diskutieren.

18. Verhandlungsrunde EU-China Investitionsabkommen

Die [18. Verhandlungsrunde](#) zum Investitionsabkommen zwischen der EU und China fand vom 12.-13.07.2018 in Brüssel statt. Bei den Diskussionen gab es wie zu erwarten keinen Verhandlungsdurchbruch. Die 19. Verhandlungsrunde wird vom 29.-30.10.2018 in Peking stattfinden.

5. Verhandlungsrunde EU-Indonesien Freihandelsabkommen

Vertreter der EU und Indonesiens haben sich vom 09.07. bis 13.07.2018 für die [fünfte Verhandlungsrunde um ein Freihandelsabkommen](#) getroffen. In diesem Kontext wurden Themen wie Handel und nachhaltige Entwicklung, Dienstleistungen und Investitionen, sowie Öffentliche Beschaffung diskutiert und erstmals Zollangebote gemacht. Die nächste Verhandlungsrunde wird ab 15.10.2018 in Indonesien stattfinden.

EU schlägt neue EU-Asien Strategie vor

Kurz vor dem Asien-Europa Gipfel (ASEM) am 18.10.2018 hat die Europäische Kommission eine [Strategie für die Förderung der Verbindung zwischen der Europäischen Union und Asien](#) vorgeschlagen. Die Strategie umfasst drei konkrete Ansätze, die sich insbesondere der stärkeren Vernetzung der Partner verschreiben. So sollen neue Verkehrs- und Energienetze weiterentwickelt und digitale Netze ausgebaut werden. Weiterhin soll die Zusammenarbeit als Rechtsrahmen für die verstärkte Verbindung der Partner dienen. Auch sind Ideen zu Infrastruktur-Investitionen in der Strategie enthalten.

Wissenschaftlicher Beirat des BMWi empfiehlt die Annahme von CETA

In einem [Gutachten](#) empfiehlt der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie der Bundesregierung die Annahme des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen der EU und Kanada. Mit dem Gutachten zieht der Beirat eine positive Bilanz: CETA habe insbesondere positive Einkommenseffekte in der EU und Kanada.

Nächste WTO-Ministerkonferenz in Kasachstan

Der Allgemeine Rat der WTO hat am 26.07.2018 [Kasachstans Einladung, Gastgeber für die 12. Ministerialkonferenz zu sein, angenommen](#). Die Konferenz wird im Juni 2020 in Astana stattfinden. WTO Generaldirektor Roberto Azevêdo würdigte besonders, dass die Einladung von einem der jüngsten Mitglieder der Organisation kommt: Kasachstan trat der WTO erst 2015 bei.

WTO-Erfolg für EU im Energiestreit mit Russland

Im WTO-Streitbeilegungsverfahren, das Russland vor vier Jahren gegen die EU-Energiemarktrichtlinien gestartet hat, wurde am 10.08.2018 ein [Urteil](#) gesprochen: Laut WTO verstößt die EU mit ihrem dritten Energiepaket von 2009 und dort vorgesehenen „unbundling“-Maßnahmen nicht gegen WTO-Regeln.

Briten legen Entwurf für ihre WTO-Zölle vor

Das Vereinigte Königreich hat am 24.07.2018 in der [WTO](#) einen Entwurf des Zeitplans bezüglich der Marktzugangsbestimmungen für Güter nach dem Brexit vorgelegt. WTO-Mitglieder haben nun drei Monate Zeit, den Plan zu bewerten.

Ressourcen

EU Kommission veröffentlicht jährlichen Bericht zu Handelsschutzmaßnahmen

Die EU-Kommission hat am 31.07.2018 ihren jährlichen [Bericht](#) über Antidumping und Anti-subsventionsmaßnahmen im Jahr 2017 vorgelegt. Während die Zahl der neuen Untersuchungen auf ähnlich hohem Niveau wie 2016 blieben, nahm die Anzahl der Prüfungen, ob die bestehenden Maßnahmen für einen neuen Zeitraum verlängert werden sollten („expiry reviews“), um 75 Prozent zu. Ende 2017 liefen 46 Untersuchungen. EU Antidumping und Anti-subsventionsmaßnahmen betreffen laut EU-Angaben 0,31% der gesamten EU-Importe.

Berichte zu Verhandlungsrunden mit Neuseeland und Australien

Die EU-Kommission hat am 30.07.2018 [Berichte](#) zu den ersten Verhandlungsrunden über Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland, sowie Textvorschläge zu zwölf bzw. elf Verhandlungsbereichen veröffentlicht. Die Gespräche mit Australien fanden von 02.07. bis 06.07.2018 in Brüssel statt, mit Neuseeland wurde zwei Wochen später, vom 16.07. bis 20.07. verhandelt.

Bericht zur fünften Verhandlungsrunde zwischen Indonesien und EU

Vom 09.07.-13.07.2018 fand die fünfte Verhandlungsrunde um ein Handelsabkommen zwischen der EU und Indonesien statt. Die EU hat diesbezüglich einen [Bericht](#), sowie Vorschläge bezüglich des [Dispute Settlements](#) sowie [geographische Herkunftsbezeichnungen](#) veröffentlicht. Zudem wurde ein [Text über grenzüberschreitende Datenströme und Schutz persönlicher Daten](#) von der EU der indonesischen Regierung vorgestellt.

Bericht zur 34. Verhandlungsrunde zu EU-Mercosur-Abkommen

Die EU-Kommission hat einen [Bericht](#) über die 34. Verhandlungsrunde um ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten vorgelegt. Im Rahmen der Verhandlungen, die vom 09.-17.07.2018 in Brüssel stattfanden, wurden unter anderem Themen wie Warenhandel, Ursprungsregeln sowie Regelungen zu KMUs und Subventionen diskutiert. Auf eine [Kleine Anfrage](#) der Fraktion Die Linke hat die Bundesregierung ihre Unterstützung des geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern [bestätigt](#). Sie sei überzeugt, dass das Abkommen positive wirtschaftliche und soziale Entwicklungen fördern kann und betont, dass die geplante Marktliberalisierung mit einer Förderung von sozialer Entwicklung und Reduzierung von sozialen Ungleichheiten einhergehen solle. Ferner stellt sie Strategien und Programme auf europäischer Ebene zur wirtschaftlichen Förderung von Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand, sowie geplante Standards dar.

EP-Studie zu Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru

Am 07.08.2018 hat der Thinktank des europäischen Parlaments eine [Studie](#) über Handelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru vorgelegt. In dieser werden zum einen die sozio-ökonomische Situation der beiden Länder, sowie ihre Beziehung zur EU dargestellt, sowie Handel, Investitionen und nachhaltige Entwicklung analysiert. Schließlich werden Empfehlungen für eine verbesserte Implementierung des Abkommens gegeben.

EP-Thinktank: Aktueller Status der EU-US Beziehungen

Der Thinktank des europäischen Parlaments hat am 05.09.2018 ein [Briefing](#) veröffentlicht, in dem der aktuelle Stand der EU-US Beziehungen dargestellt wird. Nach über einem Jahr unter Trumps „America-First“-Politik sind die transatlantischen Beziehungen weiterhin angespannt.

Bundesregierung unterstützt Aufbau der Afrikanischen Freihandelszone

In einem [Antwortschreiben](#) auf die [Kleine Anfrage der FDP-Fraktion](#) sichert die Bundesregierung ihre aktive Unterstützung für den Aufbau der Afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) zu und berichtet, dass sie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) insgesamt fünf Millionen Euro zur Verfügung stellt. Die Unterstützung soll vornehmlich dem Abbau von Zöllen und technischen Handelshemmnissen, sanitären Maßnahmen sowie dem Aufbau der afrikanischen Qualitätsinfrastruktur gelten.

Bundesregierung unterstützt wirtschaftliche Zusammenarbeit der EU mit Afrika

Die Bundesregierung [unterstützt](#) die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Europäischen Union und afrikanischen Staaten innerhalb der Wirtschaftspartnerabkommen mit Afrika (Economic Partnership Agreements, EPA). Dies erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke am 29.08.2018. Sie begrüßt eine gegenseitige Marktöffnung mit der Zielsetzung nachhaltige Entwicklung zu schaffen und afrikanische Staaten zu unterstützen. Dabei betont die Bundesregierung den Aspekt der entwicklungsfreundlichen Umsetzung.

Bundesregierung spricht sich für EU-Freihandelsabkommen mit Vietnam aus

Die Bundesregierung [spricht](#) sich für ein EU-Freihandelsabkommen und ein separates Investitionsabkommen mit Vietnam aus. Dies erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion am 13.08.2018. Die Bundesregierung lobt das Zeichen, dass die Abkommen mit der wirtschaftlich wachsenden ASEAN-Region in den zunehmend protektionistischen Zeiten aussenden und unterstützt gleichzeitig den ambitionierten Zeitplan der EU Kommission zum Inkrafttreten des Abkommens.

EP-Studie zu Nachhaltigkeitskapiteln in Freihandelsabkommen

Der EP-Thinktank hat am 23.07.2018 eine [Studie](#) zur Zukunft von Nachhaltigkeitskapiteln in Freihandelsabkommen veröffentlicht, die verschiedene Perspektiven hierzu beleuchten. Alle Freihandelsabkommen der EU enthalten ein Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung, das sicherstellen soll, dass die Partner die internationalen Anforderungen in den drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung erfüllen: Wirtschaft, Umwelt und Soziales.

Handelspolitik Taiwans auf dem Prüfstand

Die [vierte Bewertung der Handelspolitik](#) und Handelspraktiken Taiwans fand am 12. und 14.09.2018 statt. Seit der letzten Bewertung 2014 habe sich demnach ein starkes Fundament für eine offene Wirtschaft in der Region entwickelt. Dabei hat Taiwan seine Position im Kreis der weltweit wettbewerbsfähigsten Handelsräume beibehalten. Grundlage für die Überprüfungen sind Berichte des WTO-Sekretariats und jeweils ein Bericht der betroffenen Regierung. Überprüfungen der Handelspolitik sind ein wichtiger Bestandteil der WTO: Alle Mitgliedstaaten der WTO werden regelmäßig Gegenstand einer solchen Untersuchung.

WTO: Handelsrestriktives Verhalten nimmt zu

WTO-Mitglieder haben in der Periode von Mitte Oktober 2017 bis Mitte Mai 2018 im Vergleich zur vorherigen Periode zunehmend auf handelsrestriktive Maßnahmen zurückgegriffen. Dies ging aus dem halbjährlichen [Bericht](#) über handelsbezogene Entwicklungen hervor, den WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo am 25.07.2018 vorgestellt hat.

WTO-Übersicht 2018 zu Zollsätzen der Mitglieder

Am 23.08.2018 haben die WTO, ITC und UNCTAD die [jährliche Übersicht](#) zu den Zollsätzen der WTO-Mitglieder veröffentlicht. Der Bericht enthält aggregierte Produktstatistiken zu Zöllen, die von den einzelnen Volkswirtschaften erhoben werden und denen sie ausgesetzt sind, und einen Überblick über nichttarifäre Maßnahmen. Im Mittelpunkt des diesjährigen Sonderthemas steht die Frage, wie die am wenigsten entwickelten Länder die von den Handelspartnern im Rahmen nichtreziproker Präferenzabkommen angebotenen reduzierten Zölle nutzen.

WTO veröffentlicht Handelsstatistiken für 2018

Die Welthandelsorganisation hat am 30.07.2018 ihre jährlichen [statistischen Handelsberichte](#) veröffentlicht. Hierzu zählen das [World Trade Statistical Review](#), [Trade Profiles](#) und [World Tariff Profiles](#).

WTO startet neue Online-Rechercheplattform

Die WTO hat am 20.09.2018 eine neue [Internet-Plattform](#) für Recherchen zum globalen Handel auf den Weg gebracht. Diese ermöglicht den Zugriff auf Materialien und Berichte der Organisation zum Welthandel. Das neue Rechercheinstrument wurde zusammen mit der Organisation für Wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung konzipiert und soll in Zukunft den Zugriff auf die umfassenden Berichte, Materialien und Statistiken aus Recherchen der Welthandelsorganisation vereinfachen.

UNO veröffentlicht Bericht zum internationalen Handelsrecht

Die Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) hat in Folge ihrer Sitzungen vom 25.06.2018 bis 13.07.2018 ihren [51. Bericht](#) zum Internationalen Handelsrecht veröffentlicht. Insbesondere die Anpassung von Instrumenten der Internationa-

len Handelsstreitbeilegung durch Mediation, die Rolle der Kommission auf nationaler und internationaler Ebene Rechtsstaatlichkeit voranzutreiben sowie die neuen Herausforderungen im Bereich des Insolvenzrechts sind Gegenstand des Berichts.

RGIT Corner – News aus Washington

Neue Verfahren für Section 232-Ausnahmeanträge

Das *US Department of Commerce* hat am 11. September [neue, vereinfachte Verfahren für Ausnahmeanträge](#) für Section 232-Zölle auf Stahl und Aluminium eingeführt. Diese sollen u.a. Firmen erlauben, Einspruch gegen Ablehnungen einzulegen und auch das gesamte Antragsverfahren beschleunigen. Bis zum 20. August hat der *US Department of Commerce* rund 38.000 Ausnahmeanträge und 17.000 Einsprüche gegen die Stahl- und Aluminiumzölle erhalten. Das *Department of Commerce* gab an, die Zahl der Anträge sei höher als erwartet.

SPOTLIGHT NAFTA: US-Interessenverbände fordern trilaterales Abkommen

In einem [gemeinsamen Brief](#) an den US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer fordern die Chefs des Business Roundtable, Joshua Bolten, der U.S. Chamber of Commerce, Thomas J. Donohue, und der National Association of Manufacturers (NAM), Jay Timmons, für die weiteren NAFTA-Neuverhandlungen sechs Punkte: (1) NAFTA müsse ein trilaterales Abkommen bleiben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kanada der weltweit größte Exportmarkt der USA sei. (2) Zwischenstaatliche Mechanismen zur Streitbeilegung müssten verbindlich und nicht nur konsultativ sein. Streitbeilegungsmechanismen sollten zudem allen Investoren zugänglich und weder sektoral noch geographisch beschränkt sein. (3) Von einer Verfallsklausel (sunset clause) sollte abgesehen werden, um Unsicherheiten für Investoren zu vermeiden. (4) Die Auferlegung neuer und höherer Zölle müsse im Rahmen von NAFTA vermieden werden. Zölle, beispielsweise im Rahmen von Section 232, schädeten amerikanischen Familien. (5) Für US-Unternehmen müsse das öffentliche Beschaffungswesen von Kanada und Mexiko offengehalten werden. Der von den USA eingebrachte „dollar for dollar“-Vorschlag könnte zu Marktzugangsbeschränkungen führen. (6) Die Modernisierung von NAFTA hinsichtlich geistigen Eigentums, digitalen Handels und Finanzdienstleistungen wird in dem Brief begrüßt. Während die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland erneut in Washington ist, um die NAFTA-Verhandlungen fortzuführen, versucht der Vize-Mehrheitsführer (majority whip) Steve Scalise (R-LA) Unterstützung für die Idee zu gewinnen, ein bilaterales USA-Mexiko-Abkommen zu verabschieden.

KORUS-Anpassungen ab 01.01.2019

Der US-Handelsbeauftragte hat am 03.09.2018 die Modifizierungen des Korea-US-Freihandelsabkommen (KORUS) [veröffentlicht](#). Diese beziehen sich u.a. auf Transparenz, die Zollabwicklung, Investitionsschutz und Ursprungsregeln. Die Änderungen werden nun in Korea zur Konsultation veröffentlicht und sollen ab Januar 2019 in Kraft treten.

Dekret zu neuen Sanktionsmöglichkeiten bei Einmischung in US-Wahlen

Am 12.09.2018 erließ US-Präsident Trump eine [*executive order*](#), die die Einführung von Sanktionen gegen ausländische Personen ermöglicht, wenn diese US-Wahlen beeinflussen. Nach jeder US-Wahl soll eine Untersuchung durchgeführt werden, in wie weit die Wahl durch ausländische Regierungen oder Personen beeinflusst wurde. Auf Basis der Ergebnisse könnten dann Sanktionen vom US-Außen- und Finanzministerium vorgeschlagen und vom Präsidenten eingeführt werden. Abgeordnete aus beiden Parteien kritisierten, das Dekret käme spät und ginge nicht weit genug. Viele Abgeordnete im Kongress halten auch insbesondere die bereits eingeführten US-Russlandsanktionen für nicht ausreichend.

Asia Corner – News aus Singapur

ASEAN – China FTA Upgrade

Die zehn ASEAN Staaten (Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Thailand, Singapur, die Philippinen und Vietnam) und China haben beschlossen, ihr plurilaterales Freihandelsabkommen aufzubessern. Das Abkommen trat im Jahr 2010 in Kraft und wurde bereits vor zwei Jahren aufgebessert.

Korea – Mercosur FTA

Südkorea und die Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) haben beschlossen, gemeinsam ein Freihandelsabkommen zu verhandeln. Die erste Verhandlungsrunde fand vom 11.-15. September 2018 in Montevideo in Uruguay statt. Im Jahr 2017 exportierte Südkorea rund 6,6 Mrd. US\$ in den Mercosur-Markt und importierte 4,5 Mrd. US\$

Ecuador erwägt Beitritt zu CPTPP

Präsident Lenin Moreno hat bekannt gegeben, dass Ecuador in Erwägung zieht, CPTPP beizutreten. Laut des CPTPP Abkommens ist es in der Tat möglich, neue Mitgliedsstaaten in das Abkommen aufzunehmen. Artikel 30.4, Paragraph 1 liest sich folgendermaßen: Beitritt zu TPP ist für alle Staaten und gesonderte Zollgebiete der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) sowie auch für andere Staaten und Zollgebiete möglich. Jedoch müssen die TPP-11 den Beitrittsantrag bewilligen.

Singapur – Indien FTA upgrade

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen Singapur und Indien ist seit 2005 in Kraft getreten. Nun wurde beschlossen, das Abkommen aufzubessern. In den Neuverhandlungen sollen Handelsregelungen gelockert werden, um die bilateralen Handelsbeziehungen zu stärken.

Australien – Indonesien FTA

Seit 2010 verhandeln Australien und Indonesien gemeinsam ein Freihandelsabkommen. Das Abkommen wurde nun erfolgreich abgeschlossen. Es baut auf dem ASEAN-Australien-Neuseeland Freihandelsabkommen (AANZFTA) auf und soll wichtige Handelshürden überwinden, die bis dato bilateralen Handelsbeziehung der zwei Staaten belasten.

Dies könnte Sie auch interessieren:

Brexit Newsletter

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeische-union/brexit/newsletter>

NewsInternational

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>